

Anfragen zum Plenum in der 6. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beschäftigte sind im Amt für Ländliche Entwicklung in Bamberg in den Jahren 2009 bis 2014 tätig gewesen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren), wie gestaltet sich diesbezüglich jeweils die Altersstruktur und inwieweit werden aussteigende Arbeitskräfte durch neue ersetzt?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Da die Polizeiinspektion Regensburg Süd dringend saniert werden muss und die Beamtinnen und Beamten bereits ausgezogen sind, frage ich die Staatsregierung, welchen Zeitplan verfolgt sie bei der Sanierung des Polizeigebäudes (Hauptgebäude Minoritenweg/Fahrbeckgasse)?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind die 400.000 Euro, die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags im Mai 2014 für die Ertüchtigung des Gefängnisturms der Burg Hohenberg an der Eger bereitgestellt wurden, als Haushaltsausgabeposten gesichert?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass in die Städtebauförderung nur dann weitere Städte bzw. Gemeinden aufgenommen werden, wenn bisher geförderte Städte bzw. Gemeinden aus der Städtebauförderung ausgeschieden sind?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen haben sich für das Programm „Gesundheitsregion plus“ (das ab 2015 laufen soll) beworben, welche Kriterien entscheiden bzw. haben entschieden, welche von den bewerbenden Kommunen tatsächlich ins Programm aufgenommen wurden bzw. werden und welche konkrete Förderung erhalten die jeweiligen Kommunen (bitte namentlich benennen) aus dem Programm „Gesundheitsregion plus“?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Karte „Risikoanalyse Zielerreichung 2021 Grundwasser – Chemie: Nitrat“ des Landesamts für Umwelt (aktuell im Internet Karte 3.5) in den letzten Monaten des Jahres 2014, also nach Beginn der öffentlichen Diskussion über die Gefährdung bayerischen Wassers durch Nitrateintrag, durch Hinzufügen eines schraffierten Layers im Bereich Niederbayern (ungefähr von einer gedachten Linie zwischen

Regensburg und Landshut in fast gleicher Breite bis zur österreichischen Grenze) überarbeitet und dadurch von der Prognose „Zielerreichung unwahrscheinlich“ zur Prognose „Zielerreichung zu erwarten (Tiefengrundwasserkörper „Thermalwasser“)" verändert wurde, welche Stellen oder Behörden diese Überarbeitung angeordnet haben und welche Stellen bzw. Verantwortlichen in der Staatsregierung mit diesem Vorgang befasst waren?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über das Einzugsgebiet (z.B. Stadt und Landkreis Würzburg, umliegende Landkreise, andere Bundesländer) der Teilnehmenden an den Würzburger WüGIDA-Demonstrationen hat, welche Erkenntnisse ihr über Verbindungen zwischen den WüGIDA-Organisatoren und in Würzburg ansässigen Burschenschaften sowie der „Identitären Bewegung“ vorliegen und ob sich im Zuge der jüngsten Entwicklungen eine neue Einschätzung über eine etwaige Verfassungsfeindlichkeit der „Identitären Bewegung“ ergeben hat?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, in einem Zwischenbericht zum fraktionsübergreifenden Landtagsbeschluss mit der Drucksachen-Nr. 16/17977 („Mögliche NS-Belastung der Staatsregierung systematisch aufarbeiten: Bestandsaufnahme erarbeiten und unabhängige Historikerkommission einrichten“) vom 2. Januar 2014 angekündigt hatte, dass bis zum 31. August 2014 gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ein Forschungsplan erarbeitet werden und auf der Basis dieser Vorarbeiten „nach der Sommerpause“ ein konkreter Arbeitsplan sowie ein erneuter Bericht des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst („voraussichtlich zum 1.10.2014“) vorgelegt werden sollte, frage ich die Staatsregierung, wann das IfZ seinen Beitrag zur Erarbeitung des Forschungsplans vorgelegt hat, wann dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst der angekündigte Bericht über den erarbeiteten Forschungsplan vorgelegt wird und wodurch die Verzögerung im angestrebten Zeitplan zu erklären ist?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit müssen die Kosten der Internetnutzung (z.B. WLAN-Nutzung) vom jeweiligen Betreiber oder vom Asylbewerber bzw. von der Asylbewerberin selbst getragen werden und entspricht es dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, wenn (wie in einigen Gemeinschaftsunterkünften geschehen) von jedem Asylbewerber bzw. jeder Asylbewerberin ein Betrag von 20 bis 30 Euro pro Monat verlangt wird bzw. gibt es hier bayernweite Vergleichs- oder Richtwerte seitens der Staatsregierung?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum beschränkt sich der in der Regierungserklärung vom 27. November 2014 angekündigte Aufbau einer freien WLAN-Versorgung im gesamten ländlichen Raum zunächst auf Digitalisierungs- und Finanzämter, Schlösser, Burgen und Schiffe der Bayerischen Seenschifffahrt und in der zweiten Ausbaustufe auf die bayerischen Behördenstandorte, wel-

che Nutzeranalysen haben zu dieser Standortauswahl geführt und welche weiteren Standorte werden für eine dritte Ausbaustufe in Betracht gezogen?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sichergestellt wird, dass alle staatlichen Gymnasien gleichermaßen und schriftlich über die Ziele und Vorgaben der Pilotphase zur sogenannten „Mittelstufe Plus“ informiert werden, welche Vorgaben, Fristen und schulische bzw. nicht-schulischen Gremien bei der Bewerbung zu beachten und einzubeziehen sind und nach welchen konkreten Kriterien die Schulen ausgewählt werden sollen (bitte auch aufschlüsseln nach der exakten Teilnehmerzahl der Pilotschulen je Regierungsbezirk)?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen werden aufgrund der Zunahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an bayerischen Regelschulen ergriffen, um die Bezirke bei dieser Aufgabe zu unterstützen, welche Maßnahmen der Suche und Bezahlung sogenannter Schulbegleiter werden ergriffen und welche Pläne sind für die Einbindung von Schulbegleitern in die pädagogische Arbeit in den Schulklassen geplant?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche geplanten Radwege an Staatsstraßen konnten wegen Problemen beim Grunderwerb nicht verwirklicht werden, welche geplanten Radwege an Staatsstraßen in kommunaler Sonderbaulast konnten wegen Problemen beim Grunderwerb nicht verwirklicht werden, warum wurde in einzelnen Fällen von einer Enteignung abgesehen?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 16. Juni 2014 (Drs. 17/2825) bezüglich „Asiatischer Laubholzbockkäfer (ALB)“ mitgeteilt wurde, dass „abschließende Aussagen des Audit-Teams zu den Fragen 2 bis 4“ noch nicht vorliegen, sie würden jedoch in Kürze unter http://ec.europa.eu/food/fvo/index_en.cfm veröffentlicht und dies bisher nicht geschehen ist, frage ich die Staatsregierung, ob der Bericht des Audit-Teams mittlerweile vorliegt und ob die Fragen 2 bis 4 aus oben genannter Anfrage nun beantwortet werden können?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte werden während des laufenden Schuljahres 2014/2015 eingestellt als Ersatz für Lehrkräfte, die in den Ruhestand gehen, wie viele für neue zusätzliche Aufgaben (Mobile Reserve, Unterricht für Flüchtlinge etc.) und mit welchen Anstellungsmodalitäten (Verbeamtung, Zeitverträge, Vertragsdauer, Stundenumfang) – bitte alle Angaben aufgeschlüsselt nach Schularten?

Martin Güll
(SPD)

Nachdem in den Medien bereits Aussagen über die Wochenstundenzahl in der künftigen Mittelstufe plus genannt wurden, frage ich die Staatsregierung, mit wie vielen Wochenstunden werden die einzelnen Schuljahre in der Mittelstufe plus ausgestattet (getrennt nach Pflichtstunden, Wahlpflichtstunden, Wahlstunden, freie Verfügungsstunden), welche individuellen Fächerwahlmög-

lichkeiten werden den Schülerinnen und Schülern in den einzelnen Jahrgangsstufen der Mittelstufe plus eingeräumt und welcher Mehrbedarf an Finanzmitteln bzw. Lehrerplanstellen wird für einen kompletten Durchlauf einer verlängerten Mittelstufe im Vergleich zu einer unveränderten Mittelstufe benötigt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es in jedem der sieben bayerischen Regierungsbezirke eine Erstaufnahmeeinrichtung geben wird, frage ich die Staatsregierung, ob der Freistaat Bayern als Betreiber der Erstaufnahmeeinrichtungen die Personalkosten für die Asylsozialbetreuung zu 100 Prozent übernimmt, in welchem Umfang er die Kosten für weiteres notwendiges Personal (Ärzte, Verwaltungsangestellte, Dolmetscher usw.) übernimmt und in welchem Umfang er die Finanzierung der anfallenden Sachkosten übernimmt?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kamen die Ausschüsse des Bundesrates am 22. Januar 2015 bei der Beratung zur Initiative der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich der steuerlichen Förderung bei der energetischen Gebäudesanierung, wann wurde diese Initiative zuvor offiziell beim Bundesrat eingereicht und seit wann kannte die Staatsregierung den Inhalt des im Dezember 2014 von der Bundesregierung veröffentlichten „Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz“?

Johann Häusler
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, befindet sich der Kormoran (*Phalacrocorax carbo*) noch unter dem Schutz der europäischen Vogelschutzrichtlinien, wenn nein, warum wird er noch als Erhaltungsziel in den bayerischen Vogelschutzgebieten ausgewiesen und welche weiteren Gesetze und Verordnungen (Bayern, Bund, Europa) regeln aktuell die Unterschützstellung des Kormorans?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird die neue FFH-Richtlinie im Detail verschärft (bitte die konkreten Schutz- und Erhaltungsziele sowie die Einschränkungen bzw. Pflichten der Grundstücksbesitzer angeben), warum werden die Verschärfungen nicht bekannt gegeben und wie wirkt sich die neue Richtlinie auf Hofstellen-Eigentümer aus, die im FFH-Gebiet liegen?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Fördermaßnahmen werden in Betracht gezogen für den Aufbau der in der Regierungserklärung vom 27. November 2014 angekündigten freien WLAN-Versorgung im gesamten ländlichen Raum, welche Förderkriterien werden entwickelt, wie hoch schätzt die Staatsregierung den Finanzbedarf für die kommenden zwei Jahre?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, ist sie bereit, ein etwa 8 km langes Teilstück der Kreisstraße DGF 22 zwischen Niederreisbach und Simbach bei Landau als Staatsstraße aufzustufen, damit ein Lückenschluss der Staatsstraßen 2112 und 2083 und ein durchgehender Autobahnzubringer nach Dingolfing-Ost aus dem Rottal in der Zuständigkeit des Staatlichen Straßenbauamtes geschaffen werden kann?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge derzeit in zentralen oder dezentralen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern untergebracht sind, wie viele davon sind seit mehr als zwei Monaten untergebracht und wie viele hatten in den ersten zwei Monaten seit ihrer Ankunft noch keinen Termin für eine Erstanhörung?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist im Lichte der Regierungserklärung vom 27. November 2014, in der es hieß: „Ziel ist, dass bis 2020 der gesamte ländliche Raum mit freiem WLAN versorgt ist“, unter dem Begriff „gesamter ländlicher Raum“ konkret zu verstehen: ein Mindestprozentsatz der Bevölkerung und/oder Fläche des ländlichen Raumes in Bayern – wenn nein, in welcher anderen Weise soll die Versorgung des gesamten ländlichen Raumes messbar gemacht werden?

Günther Knoblauch
(SPD)

Da laut Medienberichten der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, nach den Anschlägen von Paris 100 zusätzliche Stellen für die Bayerische Polizei zugesagt hat, um potenzielle Gewalttäter besser überwachen zu können, und der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, die dafür nötigen 5 Mio. Euro bereitstellen will, frage ich die Staatsregierung, wie (z.B. über einen Nachtragshaushalt oder im Haushaltsvollzug) sollen die 100 zusätzlichen Stellen im Einzelnen geschaffen werden, wie (z.B. über einen Nachtragshaushalt oder im Haushaltsvollzug) sollen die 5 Mio. Euro konkret bereitgestellt werden, und wie sieht der Zeitplan für die angekündigten Maßnahmen aus?

Natascha Kohnen
(SPD)

Angesichts der Pressestimmen zur Aufsuchungserlaubnis bezogen auf Kohlenwasserstoffe im Gemeindegebiet Aying frage ich die Staatsregierung, wurde die Gemeinde Aying zur Aufsuchungserlaubnis bezogen auf Kohlenwasserstoffe zur Genehmigung der Aufsuchungslizenz gehört, mit welchen Konsequenzen hat das Gemeindegebiet Aying zu rechnen, wenn die ersten Aufsuchungsversuche in Hinblick auf mögliche Kohlenwasserstoffressourcen positiv verlaufen sollten, welche weiteren Schritte werden nun im Verlauf des Genehmigungsverfahrens erfolgen?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ministerien der Staatsregierung beschäftigen Praktikantinnen und Praktikanten, wie viele sind das jeweils und werden diese Praktika bezahlt?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Biber wurden seit 2005 in Bayern in den jeweiligen Landkreisen entnommen, wie viele Anträge auf Entnahme wurden seit 2005 abgelehnt und was waren hierfür die fachlichen Gründe?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, kann nach dem Sparkassengesetz ein Zweckverbandsmitglied seine Gesamtanteile an ein anderes kommunales Mitglied des Zweckverbandes veräußern und falls ja, ist das in Bayern schon einmal vorgekommen und wie werden die Anteile dann bewertet?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist ein Vertrag über das Bewohnen einer Wohneinheit in einem sog. Boardinghaus rechtlich zu qualifizieren, welches Recht ist auf solche Verträge anwendbar und welche genauen zeit-, leistungs- und ausstattungsbezogenen Parameter müssen erfüllt sein, dass ein Beherbergungsbetrieb als sog. Boardinghaus zu werten ist?

Jürgen Mistol
(GRU)

Vor dem Hintergrund der aktuellen rassistischen Demonstrationen von PEGIDA-Ablegern in Bayern frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Beteiligung von rechtsextremen Gruppierungen an den einzelnen Demonstrationen hat (bitte getrennt nach Veranstaltungsorten auflisten), wie viele Straftaten während der einzelnen Demonstrationen registriert wurden (die Fälle bitte getrennt und unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung mit Ort und Datum und unter Aufschlüsselung der jeweiligen Straftatbestände auflisten) und welche Einsatzstrategie zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Straftaten während der Demonstrationen verfolgt wird (z.B. Auswertung der gehaltenen Reden, Prüfung der verteilten Flyer)?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen, welcher Standort für das Beschussamt Südbayern, für den Landshut und Fürstenfeldbruck in Betracht kamen, infrage kommt und gibt es bereits konkrete Überlegungen, die für oder gegen einen der beiden Standorte sprechen?

Thomas Mütze
(GRU)

Vor dem Hintergrund der bisher dürftigen Notarztversorgungs-lage im Kreis Miltenberg und dem Hinweis der Staatsregierung auf die Verbesserung dieser durch die neue Notarztvergütung ab 1. Januar 2015 in der Schriftlichen Anfrage auf Drucksache 17/4854 frage ich die Staatsregierung, wie sich die Besetzungssituation, nach Anzahl nicht besetzter Dienstplanzeiten in Stunden, der Notarztversorgung im Kreis Miltenberg im Januar 2015 darstellte, welche Verbesserungen durch die neue Notarztvergütung eingetreten sind und in wie vielen Fällen, von allen gefahrenen Einsätzen in absoluten Zahlen, die Hilfsfrist von 12 Minuten nach der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (AVBayRDG) überschritten worden ist?

Verena Osgyan
(GRU)

Ist der Staatsregierung bekannt, welche Mitglieder der Staatsregierung Mitglieder des Vereins „Lebensrecht für Alle e.V.“ sind, sowie der Vereine, die im „Bundesverband Lebensrecht e.V.“ organisiert sind?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der generell bereits sehr hohen Arbeitsbelastung der Polizeiinspektion Schweinfurt, die für aktuelle Ereignisse, wie beispielsweise Einsatzmaßnahmen zur Verhinderung und Aufklärung von Wohnungseinbruchdiebstählen, für die in den nächsten Monaten anstehenden Veranstaltungen, wie z.B. den G7-Gipfel auf Schloss Elmau und die beginnende Rückrunde in der Regionalliga Bayern, häufig auch noch Personal abstellen bzw. für abgestellte Einheiten deren Aufgaben zum Teil übernehmen muss, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Polizeiin-

spektion Schweinfurt, auf die durch die Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung für den Regierungsbezirk Unterfranken noch mehr Arbeit zukommen wird, bei der Bewältigung ihrer künftigen Aufgaben unterstützen wird, ob zusätzliche Planstellen vorgesehen sind und ob die Polizeiinspektion Schweinfurt von bisherigen Aufgaben entlastet wird?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind für den Aufbau der in der Regierungserklärung vom 27. November 2014 angekündigten freien WLAN-Versorgung im gesamten ländlichen Raum Bedarfsanalysen vorgesehen, wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Stufen des Ausbaus und für die einzelnen Versorgungsgebiete durchgeführt?

Prof. Dr. Michael Piaolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtliche Grundlage für eine Zugangsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, gemäß dem Kabinettsbeschluss vom 24. Juni 2014 (vgl. Pressemitteilung der Staatskanzlei, Nr. 170 vom 24. Juni 2014) bis zum Sommer 2014 vorgelegt hat, wie diese Regelung im Lehrerbildungsgesetz verankert werden soll und wie der Vertrauensschutz für Studierende berücksichtigt ist?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wird beim Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst berücksichtigt, dass die Lehrerschaft in Oberfranken, vor allem durch die Abordnung von jungen Lehrkräften (z.B. nach Oberbayern), deutlich älter ist als in anderen Regierungsbezirken (80 Prozent aller Grundschullehrkräften in Oberfranken sind älter als 40 Jahre, im Vergleich dazu sind nur 58 Prozent der Lehrerschaft in Oberbayern älter als 40) und damit ein höheres Risiko an Unterrichtsausfällen (bedingt durch Krankheit, Stress, u.a.) aufgrund des deutlich höheren Durchschnittsalters der Lehrkräfte besteht?

Doris Rauscher
(SPD)

Da im Landkreis Ebersberg derzeit über die Zukunft der Polizeiwache in Vaterstetten sowie eine mögliche Zusammenlegung dieser Wache mit der Polizeiinspektion in Poing diskutiert wird, frage ich die Staatsregierung, welche Vor- und Nachteile hätte eine Zusammenlegung der Polizeiwache Vaterstetten und der Polizeiinspektion Poing in den Augen der Staatsregierung, welche Auswirkungen hätte eine Zusammenlegung hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen bei Straftaten und Aufklärungsquote und damit hinsichtlich der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Gemeindegebiet Vaterstetten, und welche Erfahrungen hat die Staatsregierung in ähnlich einwohnerstarken Gemeinden in Bayern gemacht, in denen es durch Zusammenlegungen bereits keine eigenständige Polizeiwache mehr gibt?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten sind seit 1981 für Bauhalt und Sanierung der Neuen Pinakothek angefallen (bitte nach Jahren und Kosten aufschlüsseln), welche Kostenschätzungen und konkreten Baumaßnahmen beinhaltet der erteilte Planungsauftrag, welches Konzept wird verfolgt zur Auslagerung der

Exponate während der Schließung der Ausstellungsräume von 2018 bis 2022?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es für den Aufbau der in der Regierungserklärung vom 27. November 2014 angekündigten freien WLAN-Versorgung im gesamten ländlichen Raum, in der es hieß: „Der künftige Provider soll ab 2016 an allen bayerischen Behördenstandorten die WLAN-Hotspots betreiben“, ein Konzept, in welcher Form die Ausschreibungen vorgenommen werden – für das gesamte Projekt oder nach Ausbauregionen – und sind die Vertragsbedingungen für alle Anbieter gleich?

Bernhard Roos
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist im Lichte der Regierungserklärung vom 27. November 2014, in der es hieß: „Ziel ist, dass bis 2020 der gesamte ländliche Raum mit freiem WLAN versorgt ist“, unter dem Begriff „versorgt“ konkret zu verstehen: dass nur Zugang zu einem freien WLAN-Netz besteht oder dass bestimmte Mindest-Datenraten, die am jeweiligen WLAN-Router unter Berücksichtigung seiner Anbindung an das Breitbandnetz verfügbar sind – wenn ja, wie soll ein ausreichender Breitbandanschluss für die jeweiligen WLAN-Router sichergestellt werden?

Georg Rosenthal
(SPD)

Angesichts der Tatsache, dass im Chancenspiegel 2014, der gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung, der Technischen Universität Dortmund und der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 11. Dezember 2014 veröffentlicht wurde, der Anteil der Schulabbrecherinnen und -abrecher an der alterstypischen Wohnbevölkerung innerhalb Bayerns von 0,7 Prozent (Landkreis Amberg-Weilheim, Landkreis Würzburg) bis 12,3 Prozent (Stadt Kempten) stark schwankt, frage ich die Staatsregierung, welche Erklärungsfaktoren sie für die großen Schwankungen innerhalb des Freistaates Bayern verantwortlich macht?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verfahren der Dorferneuerung in den Landkreisen Ansbach, Fürth und Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim wurden in den letzten 30 Jahren wann beantragt und bewilligt, jeweils aufgegliedert nach den einzelnen Landkreisen?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass sich bayerische Gerichtsverwaltungen geweigert haben, Entscheidungen in Bußgeldverfahren gegen große bayerische Unternehmen (Siemens, MAN, Ferrostaal) zu veröffentlichen und einer Online-Rechtsprechungsdatenbank zu übersenden und falls ja, wie sie diese Praxis angesichts der eindeutigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts beurteilt und welche Möglichkeiten sie sieht, Entscheidungen bayerischer Gerichte über die Veröffentlichung in der Datenbank „BAYERN-RECHT“ hinaus allen Interessierten kosten- und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2 BayLTGeschO):

Staatliche und nichtstaatliche Bühnen tragen in Bayern viel zur Lebensqualität bei und Standortfaktor für die Städte und Gemein-

den und haben Strahlkraft über ihre Grenzen hinaus. Um gleichberechtigte Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen, sind koordinierte staatliche Hilfen nötig. Um diese effektiv einzusetzen, ist eine transparente Mittelvergabe notwendig. Deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. Welche staatlichen Bühnen gibt es in Bayern (bitte getrennt nach Regierungsbezirk und Kommune angeben)?
2. Welche Mittel hat der Freistaat für diese staatlichen Bühnen in den letzten 20 Jahren für
 - a. Sanierungen,
 - b. Neubauten,
 - c. Erweiterungen aufgewendet (bitte a, b und c getrennt nach Baumaßnahme, Höhe der Kosten und Anteil an den Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme)?
3. Welche kommunalen Bühnen gibt es in Bayern (bitte getrennt nach Regierungsbezirk und Kommune angeben)?
4. Welche Mittel hat der Freistaat für kommunale Bühnen nach Art. 10 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in den letzten 20 Jahren für
 - a. Sanierungen,
 - b. Neubauten oder
 - c. Erweiterungen aufgewendet (bitte a, b, und c getrennt nach Kommune, Baumaßnahme, Höhe der Kosten und Anteil an den Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme angeben)
5. Welche staatliche Förderung für kommunale Theater außerhalb des FAG gibt es in Bayern?
6. Gibt es weitere nichtstaatliche Bühnen, für die der Freistaat Bayern in den letzten 20 Jahren finanzielle Mittel (u.a. gemäß Frage 5) bereitgestellt hat (bitte getrennt nach Kommune, Baumaßnahme, Höhe der Kosten und Anteil an den Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme angeben)?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es die Möglichkeit, die Ausstellung „Großbaustelle 793“ zum Karlsgraben dauerhaft in Treuchtlingen bzw. in der Region zu präsentieren und inwieweit sieht sich die Staatsregierung in der Lage, dieses Anliegen aktiv zu unterstützen?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten im Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität – rechts (PMK-rechts), wie viele Angriffe auf Migrantinnen bzw. Migranten und wie viele Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte wurden seit dem 1. Juli 2014 in Bayern registriert (die Fälle bitte jeweils getrennt und unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung mit Ort und Datum und unter Aufschlüsselung der jeweiligen Straftatbestände auflisten)?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem bei der Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2014 für den allgemeinen Sprachtest „B2“ als Niveau vereinbart wurde und für das Fachsprachniveau die Stufe „C1“, frage ich die Staatsregierung, was sie sich von dieser Regelung erwartet, ob und welche Erkenntnisse sie hat, dass dadurch die Kommunikation zwischen Arzt und Patient verbessert wird?

Diana Stachowitz
(SPD)

Da im Doppelhaushalt 2015/2016 im Kap. 05 06 Tit. 684 71, in dem für 2015 Mittel von 213,8 Tsd. Euro und für 2016 Mittel von 203,8 Tsd. Euro ausgebracht sind, die Höhe für die einzelnen Zuwendungsempfänger jedoch nicht ausgewiesen ist, frage ich die Staatsregierung, wie hoch sind die Zuwendungen, die pro Haushaltsjahr jeweils für die Weiße Rose Stiftung e.V. vorgesehen sind, und welche Mittel stehen nach Abzug der Haushaltssperre jeweils tatsächlich zur Verfügung?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, für welche Maßnahmen wurden die 120.000 Euro aus der bayerischen Regionalförderung für das Sudelfeld, die in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Ludwig Hartmann (vom 8. Januar 2014) genannt wurden, verwendet, aus welchen Gründen ist immer noch nicht über eine Förderung für die Investitionssumme von 14,4 Mio. Euro entschieden bzw. falls inzwischen entschieden wurde, über welche Summe ist wie entschieden worden?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird an staatlichen oder staatlich geförderten Einrichtungen im Bereich der Agro-Gentechnik geforscht und wie hoch sind die Mittel, die dafür aufgewendet werden?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund der aktuell geäußerten Kritik an der Herausgabepraxis strafgerichtlicher Entscheidungen durch bayerische Gerichte (openJur per E-Mail vom 25. Januar 2015 an den Staatsminister der Justiz, Prof. Winfried Bausback) frage ich die Staatsregierung, wie sich die Praxis bayerischer Gerichte bzgl. der Herausgabe strafgerichtlicher Entscheidungen gestaltet, weshalb Gerichte angeblich auf die Staatsanwaltschaften als nach Abschluss des Verfahrens aktenverwahrende Behörden verweisen und das Verfahren sich somit besonders in Bayern als kompliziert gestaltet?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, werden die Pausen im Schichtdienst von Beamtinnen und Beamten in den bayerischen Justizvollzugsanstalten eingehalten und wenn nein, was gedenkt die Staatsregierung hinsichtlich einer Einhaltung dieser Pausen zu tun?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Spendengelder für Flutopfer des Hochwassers von 2013 sind noch übrig, was passiert mit diesem Geld und wie viele Anträge von Opfern, die auf Unterstützung aus diesem Topf hoffen, sind noch unbearbeitet?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Genehmigungsanträge für immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Windenergieanlagen im Zeitraum vom 1. September 2014 bis 31. Januar 2015 in Bayern gestellt wurden (bitte nach Monaten und Landkreisen aufgeschlüsselt)?

Arif Tasdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewerten sie und die von ihr eingerichtete Sonderkommission zur Unterbringung von Flüchtlingen das Angebot einer Unterkunft für 35 Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge in der Pension Neuer Marktplatz

21, 84364 Bad Birnbach, erfüllt das Objekt die bauplanungsrechtliche und sonstige Zulässigkeit einer entsprechenden Nutzung, wie stellen sich Bedarf und Deckung an Unterbringungsplätzen im Landkreis Rottal-Inn gegenwärtig im Konkreten planerisch dar?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anzeigen wegen Mietwuchers (nach § 291 des Strafgesetzbuches – StGB) sind jährlich bei der Staatsanwaltschaft in den einzelnen bayerischen Gerichtsbezirken eingegangen, in wie vielen Fällen hat sie die Ermittlungen aufgenommen und in wie vielen Fällen kam es zum Prozess?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil, den das Land Bayern aus den im November 2014 vonseiten der Bundesregierung vereinbarten Entlastungen der Länder in Höhe von insgesamt 1 Mrd. Euro über die Jahre 2015 und 2016 bei der Versorgung von Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern und Flüchtlingen erhält, wie erfolgt die Verteilung der Mittel und wofür verwendet die Staatsregierung die erhaltenen Mittel?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit der Veröffentlichung des bayerischen Landesverzeichnisses des immateriellen Kulturerbes zu rechnen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen ist der in der Regierungserklärung vom 27. November 2014 angekündigte Aufbau einer freien WLAN-Versorgung auf den ländlichen Raum beschränkt, gibt es Pläne, auch andere Räume mit freiem WLAN zu versorgen, wenn ja, in welcher Reihenfolge?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Variante wird nach aktuellem Stand für die Weiterführung der B 15neu von Landshut nach Rosenheim für den Bundesverkehrswegeplan vonseiten der Staatsregierung angemeldet, wie detailliert sind diese Pläne und inwiefern wird sie sich bei der Umsetzung an Beschlüsse kommunaler Gremien (Kreistage etc.) halten?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Universitäten erheben zum Sommersemester für welche Veranstaltungen bzw. Kurse Gebühren oder einen „Auslagenersatz“ in welcher Höhe?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse gibt es bezüglich einer Überschreitung der Grenzwerte der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) für Lärmimmissionen im Bereich der Autobahn A 8 westlich von Augsburg (Gemeinden des Landkreises Augsburg: Adelsried, Zusmarshausen einschließlich seiner Ortsteile Streitheim, Wollbach, Friedensdorf und Vallried) nach Fertigstellung des sechsspurigen Ausbaus (bitte aufschlüsseln nach genannten Anliegern mit Angabe der Messwerte vor und nach dem Ausbau der A 8), auf welchem Weg sind Nachbesserungen zur Minderung des Lärms nach Fertigstellung des Ausbaus der Autobahn A8 westlich von Augsburg (Gemeinden des Landkreises Augsburg) durchsetzbar, welche Möglichkeiten gibt es für Anliegergemeinden, die nachträgliche Gutachten

zur Einhaltung der Grenzwerte beim Lärmschutz an der A 8 in Auftrag geben, die entstehenden Kosten erstattet zu bekommen?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem die „Süddeutsche Zeitung“ im Dezember über einen Festakt zum 150. Jahrestag der Thronbesteigung Ludwigs II., zu dem der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in die Residenz eingeladen hatte, berichtete, frage ich die Staatsregierung, was diese Feier gekostet hat, wer eingeladen war und welche Thronjubiläen der bayerischen Könige die Regierung des Freistaates Bayern zukünftig zu feiern gedenkt?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurde die raumgeordnete Trasse der B 15neu für den Abschnitt zwischen Geisenhausen und Haag in Oberbayern zunächst aufgegeben und welche Überlegungen sind nun ausschlaggebend dafür, dass eine Trasse auf diesem Korridor doch wieder für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden soll?